

Hessisches Ministerium für Umwelt,
Klimaschutz, Landwirtschaft u. Verbraucherschutz
Frau Staatsministerin Priska Hinz
Mainzer Str. 80
65189 Wiesbaden

Datum 16.09.2022

Ihr Schreiben
Ihr Aktenzeichen

- **Offener Brief** -

SGV Geschäftsstelle
Goethestr. 4
63679 Schotten
Tel. 0170/2037091
info@sgv-ev.de
www.sgv-ev.de

**Wassernotstand im RP DA angesichts der sinkenden Grundwasser-
vorräte sofort ausrufen
Alle Kommunen müssen wirksame Maßnahmen gegen die weiterhin
grassierende Wasserverschwendung durchsetzen**

Vorsitzende
Cécile Hahn

2. Vorsitzender
Sascha Spielberger

Schriftführer
Heiko Stock

Schatzmeister
Peter Weiß

Beisitzer
Dr. Anne Archinal
Gudrun Huber-Kreuzer
Matthias Kalkhof

Sehr geehrte Frau Staatsministerin Hinz,

für Ihr Schreiben vom 18.8.2022 bedanken wir uns. Das Land Hessen verweigert damit die Anerkennung angesichts der großen Notlage, dass besonders Mittel-, Ober- und Südhessen in einen immer bedrohlicher werdenden Grundwassermangel gerät. Das Hessische Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz prüft offenbar keine Weisungsinitiativen, als Oberste Wasserbehörde konkrete Maßnahmen gegen den viel zu hohen Trinkwasserverbrauch anzuordnen, obwohl dies das einzige Instrument ist, mit dem ad hoc der in vielen Gewinnungsgebieten bereits eingetretene Raubbau am Grundwasser abgemildert werden kann.

Angesichts dieser groben Verkennung der realen Zustände und Entwicklungen in den Grundwasserkörpern, aus denen sich insbesondere das Rhein-Main-Gebiet mit Trinkwasser versorgt, fordern wir Sie nochmals eindringlich auf, zumindest im Regierungsbezirk Darmstadt sofort eine Verordnung zur Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs in Kraft zu setzen. Die unterzeichnenden Verbände fordern das Umweltministerium auf, die hier bislang weitgehend untätigen Kommunen per Erlass dazu verpflichten, endlich konkrete Verbrauchsverbote anzuordnen, zu kontrollieren und mit empfindlichen Geldbußen zu belegen. Aufgrund der flächendeckend komplett ausbleibenden Grundwasserneubildung dürfen Sie damit nicht länger zögern.

Wie wir Ihnen schon mit unserem Schreiben vom 2. August erklärt haben, sinken die Grundwasserstände unaufhörlich weiter. Wie Sie richtig schreiben, sind dies die kumulierten Auswirkungen der Trockenperioden der letzten 20 Jahre, die durch die aktuelle Dürreperiode verstärkt werden.

Es ist uns deshalb völlig unverständlich, wieso Ihre Fachbehörden angesichts der langen Grundwasserneubildungszeiten davon ausgehen, dass hier durch intensive Niederschläge (die weiterhin ausbleiben) auf absehbare Zeit Besserung eintreten könnte.

Schließlich dauert, je nach Grundwasservorkommen aus dem gefördert wird, die Neubildung zwischen 5 und über 100 Jahre. An diesen Tatsachen ändert auch Ihre Angabe, dass sich 'die Grundwasserstände in Hessen an 29% der Messstellen auf einem durchschnittlichen Niveau bewegen' nichts. Zumal die Landesmessstellen zumeist nicht die lokalen Grundwasserverhältnisse in den Gewinnungsgebieten abbilden. So existieren im Vogelsberg und im Burgwald gerade mal 1 bis 3 Messstellen des Landesgrundwassermessdienstes.

Ihre Hinweise auf die Bitten der Kommunen, die Bevölkerung möge freiwillig die Nutzung der öffentlichen Wasserversorgung einschränken, und auf ineffiziente kommunale Wasserampeln wirken in diesem Zusammenhang geradezu grotesk. Mit der Landesregierung beklagen wir sicher gemeinsam, dass solche unverbindlichen Aufrufe im Ballungsraum noch nicht einmal dazu geeignet sind, den sommerlichen Spitzenverbrauch ansatzweise zu reduzieren – das beweist die Praxis der letzten Jahrzehnte.

Auch die von Ihnen angeführten Argumente wie die auf 30 Jahre umweltschonend erteilten Wasserrechte, die in Aussicht gestellte Erhöhung der Infiltration im Hessischen Ried sowie der hessische 'Zukunftsplan Wasser' ändern nichts an der akuten, überkommunalen und überregionalen Grundwasserkrise. All dies trägt nicht zur aktuell dringend notwendigen Problemlösung bei. Keines der aufgeführten Argumente, lässt eine möglichst schnell greifende Lenkungsfunktion erkennen, mit der sich die aktuellen Wasserprobleme zumindest abmildern ließen.

Eine verbindliche Lenkungsfunktion für ein Reduzieren des Grundwasserverbrauchs hätte lediglich das Ausrufen eines Wassernotstandes durch das RP Darmstadt. Sie als Oberste Wasserbehörde können und müssen dies anordnen, da die Regierungspräsidentin selbst untätig bleibt, und da die Grundwassergewinnungsgebiete für den Ballungsraum bereits seit etlichen Jahren und auch in absehbarer Zukunft flächendeckend in einer ständig wachsenden Wasserkrise stecken. Sie wissen genauso gut wie wir, dass für den regionalen Schutz des Grundwassers und der damit verknüpften Ökosysteme Ihr Ministerium und die RPs zuständig sind, und nicht eine einzelne Kommune.

Sollten Sie dennoch nicht entsprechend tätig werden, zeigen die hessische Landesregierung und Sie als zuständige Ministerin, dass Ihnen die Handlungsfähigkeit für die Klimaanpassung der Grundwasserbewirtschaftung fehlt. Wenn Sie zur Abwendung der realen Gefahren für die Wasserversorgung und für die betroffenen regionalen und lokalen Grundwasservorkommen keine Notstandsmaßnahmen ergreifen, verstoßen Sie eklatant gegen die Generationengerechtigkeit.

Denn die anhaltende Untätigkeit der Wasserbehörden torpediert immer massiver das quantitative Verschlechterungsverbot für Grundwasser und für die davon abhängigen Landökosysteme. Unter den heutigen und den in absehbarer Zukunft zu erwartenden Rahmenbedingungen des Niederschlagsmangels und der Tiefenaustrocknung der Böden muss zwingend zumindest der ernsthafte Versuch unternommen werden, die Entnahmen durch Verbrauchseinschränkungen zu reduzieren.



In diesem Sinn hoffen wir dieses Mal, auf eine positive Antwort im Sinn einer vorausschauenden Da-seinsvorsorge Ihrerseits.

Als Wasserschutz-Organisationen bieten wir weiterhin unsere Expertise an, neue Wege und Strategien mit den Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern für einen dauerhaft schonenden Wasserverbrauch zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen

Cécile Hahn
(Vors. Schutzgemeinschaft Vogelsberg)

Dr. Anne Archinal
(Vors. AG Rettet den Burgwald)

Dr. Manfred Wittmeier
(Vors. Landesverband NaturFreunde Hessen)

Bernhard Klug
(Vors. Landverband SDW Hessen)